

# Presseausschnitt

Wiesbadener Kurier vom \_\_\_\_\_  
 Mz. Rhein-Zeitung vom \_\_\_\_\_  
 Frankf. Rundschau vom 16.10.2015  
 Erbenh. Anzeiger vom \_\_\_\_\_  
 BILD-Zeitung vom \_\_\_\_\_

Wiesbadener Tagblatt vom \_\_\_\_\_  
 Allegem. Zeitung Mainz vom \_\_\_\_\_  
 Frankf. Allg.- Zeitung vom \_\_\_\_\_  
 Wiesb. Wochenblatt vom \_\_\_\_\_  
 sonstiges vom \_\_\_\_\_

**WIESBADEN**  
**Klamme Kassen,  
 großer Unmut**  
 Die Liga der Wohlfahrtsverbände hat gestern angekündigt, Klage gegen die geplanten Kürzungen im Sozialhaushalt einreichen zu wollen. Am Abend forderte zudem Kämmerer Axel Inholz (SPD) die Stadtverordneten auf, Prioritäten zu setzen. Seite R6

**Doppelhaushalt 2016/2017 Großer Unmut bei den Wohlfahrtsverbänden und Sozialeinrichtungen.**

## Große Gefahr für sozialen Frieden

Liga der Wohlfahrtsverbände erwägt Klage gegen die geplanten Kürzungen im Sozialhaushalt

Von Ute Fiedler

Die Liga der Wohlfahrtsverbände Wiesbaden will, wenn der Doppelhaushalt 2016/2017 so wie derzeit vorgesehen verabschiedet wird, Klage einreichen. Das machten die Vertreter der Mitglieder-Verbände am Donnerstag während einer Pressekonferenz deutlich.

Die Liga-Mitglieder haben eine rechtliche Stellungnahme zu den beabsichtigten Kürzungen im Sozialhaushalt eingeholt. Das Fazit des Richters: Auch wenn die Kassen klamm seien, müsse die Kommune ihren Pflichtaufgaben nachkommen. Kürzungen für sogenannte freiwillige Leistungen seien „prinzipiell aufgrund finanzieller Zwänge möglich“, dürften sich aber nicht ausschließlich daran orientieren.

**Auch Pflichtaufgaben sind laut Liga von Einsparungen betroffen**

Doch genau das tut die Stadt laut der Liga-Vorsitzenden, Hannelore Richter, die gleichzeitig auch Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Wiesbaden ist. „Die Kürzungen von 4,27 Prozent betreffen auch Pflichtaufgaben“, sagt sie und führt als Beispiel die Kindertagesstätten an.

Nach Änderung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) habe zum 1. September dieses Jahres mehr Personal für die Betreuung der Kinder eingesetzt werden müssen. „Doch dies will uns die Stadt nicht zahlen“, sagt Richter. Ebenso im Haushalt nicht vorgesehen seien die höheren Lohnkosten, die durch die Einigung im Tarifstreit nun auf die Träger zu-



Bei vielen Projekten in Wiesbaden könnten bald die Türen zugehen.

ROLF OESER

kommen. „Doch wenn ich das nicht zahle, wenn ich mich nicht an Landesgesetze handle, riskiere ich meine Betriebserlaubnis. Und das kann es ja wohl nicht sein“, macht Richter deutlich.

Die Wut bei den Mitgliedern der Wohlfahrtsverbände ist deutlich zu spüren. Immer mehr Beispiele führen sie an, zeigen, was durch die drohenden Kürzungen passieren wird. „Die Kürzungen treffen die Ärmsten der Armen. So wird der soziale Kitt, der für sozialen Frieden in einer

Stadt sorgt, noch aus den Fenstern gekratzt“, fasst es Heike Lange vom Paritätischen zusammen. Schon jetzt steht laut Richter fest, dass im kommenden Jahr das die Familienbildungsstätte der AWO geschlossen wird.

Darüber seien in den vergangenen 30 Jahren unter anderem Sprachkurse und Kurse für Migrantinnen angeboten worden. „Durch die Kürzung der Mittel müssen wir definitiv zumachen. Ich verstehe das nicht wirklich, weil diese Einrichtung zuvor stets

in den höchsten Tönen gelobt wurde“, sagt die AWO-Geschäftsführerin.

Auch das Nachbarschaftshaus in Biebrich steht auf der Kippe. Und auch die Beratungsstelle „Pro Familia“ könnte nachzeitigem Stand und den geplanten Kürzungen ihr Angebot nicht mehr aufrecht erhalten. Die Pille danach könne zum Beispiel nur noch in geringerer Menge oder gar nicht mehr abgegeben werden und auch die Angebote im Zuge der Flüchtlingsarbeit müss-

ten reduziert werden, schreibt pro Familia in einem offenen Brief.

Man fühle sich im Stich gelassen, sagt Barbara Handke, Direktorin der Caritas. „In der Vergangenheit haben wir uns immer darauf verlassen können, in der Stadt einen guten Ansprechpartner zu haben“, fügt Richter hinzu. Sie erinnert an die „Operation sichere Zukunft“ des ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU). Auch damals hätten Kürzungen von 60 Millionen Euro gedroht. „Doch damals sind die Politiker gemeinsam mit uns auf die Straße gegangen“, sagt sie.

**„Der Gestaltungswille der Politiker fehlt“, kritisiert die Liga-Vorsitzende**

Richter kritisiert den fehlenden Gestaltungswillen. „Die Kommunalpolitiker müssen endlich aufhören, in vorausseilendem Gehorsam darauf zu schauen, was die Landesregierung zu einem defizitären Haushalt sagen könnte“, fordert sie. „Politiker müssen gestalten. Sonst braucht man sie nicht.“

Die Liga-Mitglieder wollen weiter Gespräche mit den Wiesbadener Politikern führen und bereiten derzeit Aktionen vor. „Wir verstehen nicht, warum die Stadt nicht Druck auf das Land ausübt“, sagt Agim Kapтели, Geschäftsführer der Diakonie Wiesbaden. Er verstehe zwar, dass die Stadt durch die Schuldenbremse strenge Vorgaben habe. „Aber wenn nicht jetzt, in Zeiten niedriger Zinsen und brummender Wirtschaft, investiert wird – worauf sollen wir noch warten?“